

In der ersten Woche war es nur das Mobilar

Des neuen amerikanischen Präsidenten „Braintrust“ – Leicht schließt Johnson Freundschaften

Von unserem Amerika-Korrespondenten Herbert Feuerstein

Washington. (Eigenbericht) Wenngleich es das erste, ernstgemeinte Versprechen des neuen amerikanischen Präsidenten, Lyndon Baines Johnson, war, die Politik John Kennedys unverändert fortzusetzen, kann der Wechsel der Persönlichkeiten im Präsidentenstuhl nicht ohne Folgen bleiben. Während es in der ersten Woche nur das Mobilar gewesen sein mag, haben inzwischen bereits entscheidende Umschichtungen im engsten Mitarbeiterstab des Präsidenten eingesetzt, dem sogenannten „Braintrust“, ohne dessen Hilfe die vielschichtigen Aufgaben des höchsten Exekutivamtes nicht zu bewältigen wären. Nicht, daß Johnson das Häuflein hochbegabter, meist jüngerer Männer los werden möchte, das Kennedy umgeben hatte — im Gegenteil: Eher hat es den Anschein, als müßte er sich bemühen, einige von ihnen zu halten, denn ihre Loyalität zu Kennedy, ihre Verehrung des Präsidenten und kongenialen Freundes waren so groß, daß ihnen trotz aller Vorzüge des Nachfolgers das Weiße Haus plötzlich kalt und leer erscheint.

Sie alle waren und sind ohne Zweifel bereit, Johnson in der Übergangszeit zu dienen; es ist aber anzunehmen, daß die Kennedy-Garde abbröckeln und allmählich durch Persönlichkeiten ersetzt wird, die der Wesensart des neuen Präsidenten — weniger intellektuell als Kennedy, konservativ, direkter, lauter (Johnson ist bekannt für seine Temperamentsausbrüche) — eher entsprechen.

Die erste Umbesetzung begann mit der Vorstellung von Bill Moyers, eines erst 29-jährigen Texaners, der seit der Vereidigung Johnsons kaum mehr von seiner Seite wich und bereits in jenem Büroamt sitzt, der früher Kennedys persönlicher Sekretärin Evelyn Lincoln zu eigen war. Moyers ist trotz seiner jungen Jahre stellvertretender Direktor des Friedenskorps, dürfte diesen Posten aber bald zurücklegen; es wird angenommen, daß er für Johnson jene Vertrauensstellung einnehmen wird, die Kennedys Sonderberater und Redenverfasser Ted Sorenson innehatte — obwohl letzterer vorläufig noch bleibt. Moyers kommt vom Radio-Fernseh-Fach, war schon Mitglied von Johnsons Senatsstab und organisierte 1960 die Kampagne Johnsons für die — nicht zustandegewonnene — Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten.

Während Kennedy bei der Wahl seiner Mitarbeiter fast ausschließlich deren Fähigkeiten entscheiden ließ, scheint sich Johnson zum gewissen Teil von freundschaftlichen Erwägungen beeinflussen zu lassen. Es nimmt daher nicht wunder, daß Texas einen größeren

Prozentsatz jener Männer stellt, die in die engere Wahl kommen. So heißt es zum Beispiel, daß auch das zweite Zimmer neben dem Präsidentschaftsbüro, das vorläufig noch Kennedys Terminsekretär Kenneth O'Donnell gehört, an einen Texaner fallen wird: Horace Busby, ein Journalist, der zahlreiche Reden für Johnson schrieb.

Drei weitere Texaner verdienen besondere Beachtung: John Conally, 46, Gouverneur von Texas und enger Freund Johnsons, der beim Attentat auf Kennedy durch zwei Lungenschüsse schwer verletzt wurde, ferner der Industrielle und ehemalige Finanzminister Eisenhower, Robert Anderson, und vor allem Walter Jenkins, 45, der bereits seit 1939 Johnsons Stab angehört und sich unentbehrlich gemacht hat.

Auf zwei der engsten Vertrauten Kennedys scheint Johnson besonderen Wert zu legen: McGeorge Bundy und Arthur Schlesinger. Bundy, Kennedys Sonderberater für nationale Sicherheitsfragen, scheint für Johnson, der kein Hehl daraus macht, seinem Amtsvorgänger an Auffassungsschnelle und Gedankenklarheit unterlegen zu sein, auf militärischem und diplomatischem Gebiet eine besonders wichtige Beraterrolle zu spielen. Im Falle Schlesingers, dessen oft radikale Ansichten ihn zu einer beliebten Zielscheibe der Konservativen machten, lag sogar schon ein Rücktrittsangebot vor, das jedoch auf Johnsons Drängen wieder zurückgezogen wurde.

Der Pressechef des Weißen Hauses, Pierre Salinger, dementierte inzwischen Gerüchte, selbst in die Parteipolitik einsteigen zu wollen — eventuell als Nachfolger des inzwischen zum Bürgermeister von San Francisco gewählten Kongreßabgeordneten John Shelley —, dennoch wird es zu einem Wechsel in diesem wichtigen Informationsposten kommen; als mögliche Nachfolger werden Booth Mooney aus Texas genannt, der die bisher einzige Biographie über Johnson schrieb, und Carl Rowan, 38, amerikanischer Botschafter in Finnland; letzterer, ein Faribger, war einer der ersten, mit denen Johnson nach seiner Amtsübernahme in Verbindung trat.

Die Leichtigkeit, mit der Johnson Freundschaften schloß, macht die Liste der Anwärter auf Vertrauensstellungen beinahe unübersehbar. Dabei kommt natürlich auch die „alte Garde“ nicht zu kurz, jene nicht unbedingt an Jahren alten Männer, deren politische Karriere parallel mit jener Johnsons verlief und die zum Teil bereits unter Franklin Roosevelt eine aktive Rolle spielten: Dean Acheson, 70, der wichtige Regierungsposten innehatte, der Washingtoner Anwalt Clark Clifford, ein „Mann hinter den Kulissen“ sowohl für Harry Truman als auch Kennedy, ferner Abe Fortas, unter Roosevelt Staatssekretär im Innenministerium, und nicht zuletzt Heeresminister Cyrus Vance, der schon in kurzer Zeit Roswell Gilpatric als stellvertretenden Verteidigungsminister ablösen wird. Es ist zu erwarten, daß der eine oder andere der letztgenannten Namen in der neuen Kabinettsliste auftauchen wird, falls Johnson die Präsidentschaftswahl im November 1964 gewinnt; bis dahin dürften die gegenwärtig vor sich gehenden Änderungen die Ministersessel noch nicht erreichen.

Brentano geht es sehr gut

Er will aber noch keine Besucher empfangen
München. (lb) Dem vor neun Tagen an der Speiseröhre operierten Fraktionsvorsitzenden der Union im Bundestag, Dr. Heinrich von Brentano, geht es nach Auskunft der chirurgischen Universitätsklinik München vom Mittwoch „sehr gut“. Komplikationen seien bisher nicht aufgetreten. Von Brentano will nach wie vor noch keine Besuche empfangen.

Sieben Koffer mit Sprengstoff

In der Nähe von Bonn am Dienstag gefunden
Bonn. (dpa) 18 Kilogramm Sprengstoff und die dazugehörigen Sprengmittel sind nach einer Mitteilung der Justizpressestelle des Bonner Landgerichts am Dienstag in der Nähe von Bonn gefunden worden.

Die sieben Koffer, in denen der Sprengstoff verborgen war, lagen am Rande der Wahnachtsperre auf der Wahnbachstraße zwischen Siegburg und Kaldauen. Nach den Ermittlungen der Bonner Kriminalpolizei sind die Koffer wahrscheinlich in der Nacht zum Dienstag dort abgestellt worden. Die Polizei nimmt an, daß der Sprengstoff für Sabotageakte und Attentate dienen sollte.

Pankow kaufte in Washington

Bonn zu Weizenlieferungen an die Sowjetzone
Bonn. (dpa) Der Sprecher der Bundesregierung konnte am Mittwoch nicht mit Sicherheit sagen, ob die amerikanischen Weizenlieferungen an die Sowjetzone mit Bonn vorher abgesprochen waren.

Das amerikanische Handelsministerium hatte am Dienstag eine Lizenz für den Export von Weizen im Wert von fast 13 Millionen Mark an die Sowjetzone erteilt. In Washington hieß es dazu, dieser Schritt habe „rein humanitäre Aspekte“. Die beabsichtigten sowjetischen Weizenkäufe in Washington konnten trotz mehrwöchiger Verhandlungen bisher noch nicht abgeschlossen werden.

Weihnachten wieder Feiertag

Überraschende Budapest Verordnung
Budapest. (dpa) Die ungarische Regierung hat überraschend den Heiligen Abend zum Ruhetag der Woche und die beiden Weihnachtstage zum öffentlichen Feiertag erklärt. In der Regierungsverordnung heißt es, mit dieser Regelung solle eine bessere Erholung der Arbeiter und eine bessere Ausnutzung der Produktionsanlagen gewährleistet werden.

Das Weihnachtsfest war in Ungarn offiziell abgeschafft worden, nachdem dort die Volksdemokratie proklamiert worden war. An die Stelle des christlichen Festes trat das „Fest des Tannenbaums“. Laut Radio Budapest wurden auch Silvester zum Ruhetag und der Neujahrstag zum öffentlichen Feiertag erklärt. Die Löhne und Gehälter sollen wegen der Feiertage in diesem Jahr früher gezahlt werden.

Übrigens

... äußerte sich der britische Außenminister Richard Butler nach seiner Rückkehr aus der Bundesrepublik am Mittwoch in London befriedigt über das Ergebnis seiner Gespräche in Bonn und Westberlin; besonders beeindruckt zeigte er sich von seinem kurzen Besuch in Berlin und der Besichtigung der Mauer.

... protestierten die Vereinigten Staaten bei der bolivischen Regierung und machten sie offiziell für die Sicherheit und Freilassung der Amerikaner verantwortlich, die von bolivischen Bergarbeitern als Geiseln festgehalten werden.

... rief zu konstruktiver Aktivität im Kampf um den Frieden die Frau des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nina Chruschtschowa, die amerikanischen Frauen auf; in einem in der Sowjetunion gedrehten Fernsehfilm regte sie an, zum besseren gegenseitigen Verständnis öfter zusammenzukommen.

Gewiß eine harte Strafe

HJK. Acht Monate Gefängnis sind eine harte Strafe, aber sie muß hart sein, einmal, um die „Härte“ des früheren Gefreiten Hans Dieter Raub zu „kompensieren“ und andererseits, um für alle Zukunft ein Exempel zu statuieren, auf daß sich dies nicht wiederhole. Wir dürfen die leidige Geschichte keineswegs verallgemeinern — Soldaten und Offiziere verurteilen selbst scharf, was geschehen ist; denn schließlich fällt es auf sie, auf die Bundeswehr und zuletzt auch auf die Bundesrepublik zurück. Es ist also gut, den Anfängen zu wehren.

Die ganze Affäre aber umfaßt zwei Komplexe, die manche Frage aufwerfen. So die eine: Nun haben wir in der Bundeswehr wohl das fortschrittlichste Beschwerderecht, und doch wandte sich keiner derjenigen, die, wie das Gericht sagte, mißhandelt wurden, an den Wehrbeauftragten. Warum eigentlich? Dem Schreiber dieser Zeilen ist bekannt, wie Wehrpflichtige, die sich ungerecht behandelt fühlten, Vizeadmiral außer Diensten Helmut Heye ihren Kummer klagten — und Recht bekamen. War es in Nagold nur die Angst, hinterher vielleicht noch mehr geschliffen zu werden? „Sie können sich ja mal beschweren...“

Damit sind wir beim zweiten Problem, das dieser Prozeß beleuchtete: Der Mangel an Ausbildern in der Bundeswehr, an guten zumal, die dank ihrer menschlichen Qualitäten genau zu unterscheiden wissen zwischen Härte — sie muß gerade bei Fallschirmjägern sein — und Schikane. Junge, oft unreife Soldaten werden von einer solchen Aufgabe überfordert, weil sie mit sich selbst noch uneins sind. Das wird sich erst ändern, wenn der Beruf des Unterführers attraktiv gemacht wird, damit sich auch solche melden, die die Fähigkeiten dazu besitzen. Hoffentlich ist dies mitbegriffen in den Konsequenzen, von denen Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel gestern nach dem Urteil sprach.

Hoffen auf Gerechtigkeit

FW. Im Mailänder Justizpalast begann nach über zweijähriger Vorbereitung ein Prozeß der Superlative. Zur Verhandlung steht die Südtiroler Attentatswelle des Jahres 1961. Die Anklageschrift gegen 91 Männer (15 von ihnen sind für das Gericht nicht greifbar) und eine Frau füllt 644 Seiten. 300 Zeugen werden während des auf mindestens sechs Monate berechneten Verfahrens auftreten. Den Schwurgerichtssaal, der eigens für eine Viertelmillion Mark umgebaut wurde, bewachen 100 Karabinieri und Polizisten...

Ein Mammutaufwand, der beinahe die Tragödie in den Schatten stellt, um die es hier geht. Nur am Rande hört man, daß die Angehörigen der zum Großteil seit zwei Jahren inhaftierten Angeklagten in Omnibussen, die sie „Tränenbusse“ nennen, kommen, um ihnen an langen Ketten aneinandergefesselten Männern im Gerichtssaal zuzuwinken. Es gibt kaum noch einen Menschen, besonders nicht in Südtirol selbst, der den Bombenlegern das Wort redet. Dennoch gilt die Mailänder Anklage, wenn sie es auch keinesfalls beabsichtigt, gleichzeitig den Italienern, die sich nicht zu einer fairen und taktvollen Behandlung der Südtiroler Minderheit aufrufen konnten. Sie sind mitschuldig, daß Hitzköpfe — von welchem Antrieb auch immer gesteuert — „Andreas Hofer“ spielten und dabei auf die Bahn des Unrechts gerieten.

Über 92 von zunächst mehreren hundert Verdächtigen wird nun zu Gericht gesessen. Die Stimmung der italienischen Volksseele gegenüber den Angeklagten kann man sich gut vorstellen, doch suchen auch seriöse Zeitungen den Geschworenen einzuheizen, indem sie vor „falschem Mitleid“ warnen. Dabei geht es hier nicht um die Frage, ob milde oder streng geurteilt wird. Ein nüchternes, gerechtes Urteil ist notwendig, um den Südtirolern Vertrauen in die italienische Obrigkeit zu geben. Denn noch immer können sie den Richterspruch von Trient nicht fassen. bei dem Karabinieri, die wehrlose Häftlinge mittelalterlich gefoltert hatten, straffrei ausgingen.

Es tröpfelt wieder...

LAD. Die Informationen kommen tropfenweise. Wie eh und je. Während der zweite Konzilsession sind sie geflossen, dank des entschlossenen Einsatzes des neugeschaffenen Bischofskomitees für die Presse. Damit wurden glänzende Erfahrungen gemacht: Die Konzilsberichterstattung war umfangreich, detailliert und — von den unvermeidlichen Ausnahmen abgesehen — objektiv; kaum jemals zuvor ist so ausführlich über die Kirche und ihre Glaubenslehre in der Presse geschrieben worden. Die Pressebischofs haben inzwischen Rom wieder verlassen, im Vatikan bleibt alles beim alten. Es tröpfelt wieder...

Der Papst macht im Januar eine Pilgerreise ins Heilige Land. Das ist seit Mittwoch, 4. Dezember, Tatsache. Die Reise dauert vom 4. bis 6. Januar. Das ist seit Freitag, 6. Dezember, Tatsache, dank einer Zwei-Zeilen-Notiz im „Osservatore Romano“.

Zwei Tatsachen. Aber Hunderte von Gerüchten und Spekulationen: Angefangen von der Frage, ob der Papst sich im Mercedes oder im Hubschrauber zum römischen Flughafen Fiumicino begibt. Der Phantasie sind keinerlei Grenzen gesetzt.

Bis zum 4. Dezember war das Ganze Staatsgeheimnis. Seitdem ist es die Sensation. Daß sie in allen Einzelheiten bereits festliegt, ist kaum zu bezweifeln! Nach zwei Monaten vernünftiger Informationspolitik haben wir wieder die Zeit der „gut informierten vatikanischen Kreise“, der „hohen Prälaten“...

Viele Gerüchte, viel Phantasie — zwei Tatsachen. Dazu eine dritte: Es ist des Vatikans unwürdig, offizielle Verlautbarungen nur als Antwort auf die wildesten Spekulationen der italienischen Presse herauszurücken.

Bundestag dankt Paris im Fall Györfi

Post gibt Kennedy-Gedenkmarke heraus – Gesetz über Wahlkreisänderung

Bonn. (dpa) Der Bundestag hat der französischen Regierung am Mittwoch für ihre Haltung im Zusammenhang mit dem Fall des ungarischen Staatsangehörigen Geza Györfi gedankt. Paris hatte den Ungarn, einen ehemaligen Fremdenlegionär, Anfang November wieder in die Bundesrepublik zurückgeschickt, nachdem er zuvor von deutschen Behörden an Frankreich ausgeliefert worden war. Die sozialdemokratische Abgeordnete Maria Jacoby erklärte in diesem Zusammenhang, es sei zu wünschen, daß die französische Regierung auch im Fall des Obersten Antoine Argoud ähnlich handle.

Im Bundestag wurde noch dies und das behandelt, darunter:

Kinder und Jugendliche im Alter von drei bis 18 Jahren haben künftig einen Rechtsanspruch auf jährlich eine unentgeltliche Zahnuntersuchung. Dies geht aus einem Gesetzesentwurf hervor, der in zweiter und dritter Lesung gebilligt wurde.

Die Bundesregierung ist bemüht, Volksdeutschen in Rumänien die Übersiedlung zu ihren Angehörigen in der Bundesrepublik zu ermöglichen.

Das Sparprämienengesetz, das bis zum 31. Dezember dieses Jahres befristet war, wird um ein Jahr verlängert.

Das Bundesgesundheitsministerium und ein Ausschuß der Bundesärztekammer prüfen gegenwärtig den Vorschlag des Deutschen Touring-Clubs, nach dem alle Arzneimittel einheitlich und auffällig gekennzeichnet werden sollen, die die Fahrtüchtigkeit von Kraftfahrern beeinträchtigen können.

Rentenempfänger sollten nach Ansicht der Bundesregierung mehr als bisher von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihre Renten im bargeldlosen Zahlungsverkehr zu beziehen; damit könne auch das Schlangestehen an Zahltagen vor den Schaltern künftig vermieden werden.

Die Bundespost will eine Kennedy-Gedenkmarke herausgeben, wahrscheinlich zum ersten Todestag des ermordeten amerikanischen Präsidenten.

Der Bundestag hat in zweiter und dritter Lesung bei wenigen Gegenstimmen ein Gesetz angenommen, daß die Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahlen ändert. Das neue Gesetz paßt die seit 1949 unverändert bestehende Einteilung der Wahlkreise der Bevölkerungsentwicklung an. Die Gesamtzahl der Wahlkreise wird von 247 auf 248 erhöht. Die Zahl der Abgeordneten steigt von 516 auf 518.

Rund 1,7 Milliarden Mark werden der Bund und die Rentenversicherungsträger für die Anpassung der bis Ende 1962 entstandenen Renten der sozialen Rentenversicherung und der bis Ende 1961 festgestellten Unfallrenten aufwenden. Die Renten der Sozialversicherung sollen ab 1. Januar 1964 um 8,2, die der Unfallversicherung um neun Prozent steigen.

Bonn böse auf Brüssel

Nur der Botschafter Pankows in Warschau da
Bonn. (dpa) Die Bundesregierung wird bei der belgischen Regierung eine Demarche unternehmen, um gegen die Teilnahme des sowjetischen Botschafters beim offiziellen belgischen Empfang in Warschau zu protestieren.

Aus Anlaß des Besuches des belgischen Außenministers Paul Henri Spaak in Warschau hatte die belgische Botschaft einen Empfang gegeben, zu dem zwar der Botschafter Pankows, eingeladen war, nicht aber der Leiter der deutschen Handelsmission. In Bonn besteht umso größeres Erstaunen, da die Bundesrepublik und Belgien nicht nur Bündnispartner in der Nato, sondern auch Partner in zahlreichen europäischen Organisationen sind. Auch die Äußerungen Spaaks nach seiner Rückkehr, „er sehe jetzt vieles anders über deutsch-polnische Beziehungen“, hat in Bonn Verwunderung ausgelöst.

Aus der Wirtschaft

Der Aktienmarkt	11. 12.	10. 12.
AEG	459	456
BASF	505 3/4	499
BMW	381	376
Daimler-Benz	882	876
Deutsche Tafelglas	632	635
Farben Bayer	521	511
Lor Hutschenreuther	420	420
Krauss-Maffei	450	445
MAN-Stämme	624	613
NSU	674	670
Preussag	187	187
Rosenthal	437	437
Siemens	530	525
VW	580	573 3/4
Fondak	40.40	40.20
Fondis	44.10	43.80
Fondra	94.40	94.10
Immobilienfonds	133.05	133.05
Unifonds	31.90	31.70
Uscafonds	116.50	116.50

(Mitgeteilt von der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank).

Nürnberger Schlachtviehmarkt

Preise: Ochsen Übernotiz der Kl. a 1–128 (1), a 110–126 (119.3), Auftrieb 23; Bullen Übernotiz der Kl. a 30–138 (1), a 119–130 (123–9), b 114–122, Auftrieb 567; Kühe Übernotiz der K. a 12–

112 (1), a 95–107, b 90–100 (94.3), c 78–91, Auftrieb 994; Färsen Übernotiz der Kl. a 22–126 (2), a 115–121, b 109–117, c 100–113, Auftrieb 309; Kälber Übernotiz der Kl. a 14–210 (14), a 186–208, b 170–185, c 150–168, d 120–142, Auftrieb 971; Schafe nicht notiert, Auftrieb 274, davon 5 Markttiere. Marktverlauf: Großvieh mittel, geräumt. Kälber ruhig, geräumt. Lämmer, Hammel und Schafe ohne Tendenz.

Weidener Schlachtviehmarkt

Großauftrieb: 78 Stück. 29 Bullen 113–125, 27 Kühe 72–100, 22 Rinder 100–119, 12 Kälber 165–190, 274 Schweine 93–142. Marktverlauf: Rinder ruhig, Kälber flott und Schweine mittelmäßig. Im Weidener Schlachthof wurden in der vergangenen Woche geschlachtet: 58 Rinder, 24 Kälber, 340 Schweine, 1 Pferd.

Amberger Schlachtviehmarkt

Preise: Färsen 100–115, Bullen 100–117, Kühe 60–100, Kälber 150–175, Schweine 138–143, Sauen 100–115. Marktverlauf bei Schweinen langsam, ansonsten mittelmäßig.

Nürnberger Schweinemarkt

Übernotiz 253–150 (36), a 130–142, b1 133–145, b2 134–146, c 135–147 (141.1), d 134–147, e 130–142, f fehlt, Sauen g1 124–128, g2 115–123, Auftrieb 4810, geräumt, ruhig.